

Siebert, Horst

Article — Digitized Version

Wirtschaftspolitik - die Lehren der achtziger Jahre

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Siebert, Horst (1994) : Wirtschaftspolitik - die Lehren der achtziger Jahre, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 4, pp. 379-384

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1627>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wirtschaftspolitik – Die Lehren der achtziger Jahre

Von Horst Siebert

In den achtziger Jahren war nach der Rezession zu Anfang des Jahrzehnts bei den meisten Zielen der Wirtschaftspolitik eine positive Entwicklung zu verzeichnen: In der Volkswirtschaft vollzog sich ein anhaltender Wachstumsprozeß (Schaubild 1, im Anhang), und der Kapitalstock expandierte infolge reger Investitionstätigkeit; der Außenbeitrag nahm zu, selbst nachdem die D-Mark gegenüber dem Dollar aufgewertet hatte. Der Anstieg des Preisniveaus war im großen und ganzen moderat. Die Beschäftigung nahm vom Tiefpunkt 1983 bis zum Jahr 1990 um 2,3 Millionen Personen zu.

Dieser insgesamt günstige wirtschaftliche Verlauf war sicherlich auf eine Vielfalt von Faktoren zurückzuführen. So wirkte im Vergleich zu den siebziger Jahren, in denen zwei Ölkrisen als negative Angebotsschocks zu verkraften waren, die Beruhigung nach der zweiten Ölkrise wie eine Entlastung der deutschen Volkswirtschaft. Die Aufwertung des Dollar erleichterte die Exporte. Aber dennoch lassen sich drei wesentliche wirtschaftspolitische Ansatzpunkte ausmachen, die zu der insgesamt positiven Entwicklung der achtziger Jahre beigetragen haben:

- Die Staatsquote wurde von rund 50 vH des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1981 (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) auf 46 vH im Jahr 1989 zurückgeführt; das Budgetdefizit des Staates nahm von 3,7 vH im Jahr 1981 auf 0 im Jahr 1989 ab (Schaubild 2, im Anhang) Damit verringerte der Staat seinen Anspruch auf die Ressourcen der Volkswirtschaft und schuf mehr Raum für den privaten Sektor. Die Steuern wurden erheblich gesenkt – allerdings erst Anfang 1990 nach Abschluß der Konsolidierungsmaßnahmen.
- Die Steigerung des Effektivlohns pro Stunde lag nur wenig höher als das Wachstum der Stundenproduktivität. Im Vergleich zur ersten Hälfte der siebziger Jahre, als die Veränderungsrate des Effektivlohns mit deutlich mehr als 5 vH über die Zunahme der Stundenproduktivität hinausging, und auch im Vergleich zu einer ähnlichen, wenn auch nicht ganz so dramatischen Entwicklung zu Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre, lag die Zunahme der Effektivlöhne nur moderat über dem Produktivitätsfortschritt; die damit einhergehende geringe Zunahme der Lohnstückkosten sorgte offenbar für eine kräftige Nachfrage nach Arbeitskräften (Schaubild 3, im Anhang).¹
- Die Geldpolitik verfolgte einen stetigen stabilitätsorientierten Kurs. Im makroökonomischen Policy Mix zwischen Finanzpolitik, Lohnpolitik und Geldpolitik entlastete die niedrigere Neuverschuldung des Staates, also die geringere Inanspruchnahme der volkswirtschaftlichen Ersparnisse, die Geld-

¹ Zur Bedeutung der Lohnentwicklung für die Beschäftigung vgl. auch Lehment [1993].

politik. Die konsolidierende Finanzpolitik hatte positive Effekte auf das Vertrauen der Wirtschaftssubjekte, und dieses Vertrauenskapital, das die Finanzpolitik schuf, konnte die Geldpolitik mit in ihr Kalkül einbeziehen. Aber auch die zurückhaltende Lohnpolitik wirkte sich in diesem Kontext positiv für die Geldpolitik aus, da von der Kostenseite keine Preisauftriebstendenzen zu bekämpfen waren. Schließlich schlugen sich die solide Finanzpolitik und die moderate Lohnpolitik auch in mehr Vertrauen der ausländischen Anleger nieder. Die damit einhergehende Aufwertungstendenz für die D-Mark ab Mitte der achtziger Jahre erleichterte der Bundesbank ihre Aufgabe, da von der Importseite Preisdämpfungstendenzen ausgingen.

Die Rückführung der Staatsquote und schließlich auch der Abgabenquote, eine moderate Lohnpolitik und niedrigere Zinsen wirkten sich in einer verbesserten Gewinn-Erlös-Relation aus – mit einer günstigen Folge für die Investitionstätigkeit (Schaubild 1, im Anhang). Dies förderte wiederum das Wachstum und letztlich auch die Beschäftigung.

Im makroökonomischen Policy Mix gibt es Interdependenzen, aber klare Verantwortlichkeiten sollten nicht verwischt werden. Die Geldpolitik hat für die Preisniveaustabilität zu sorgen – sie kann sich nicht auf Kompromisse einlassen, bei denen sie zum strategischen Spielball anderer Politikbereiche wird. Die Lohnpolitik ist für eine günstige Beschäftigungslage verantwortlich, die Finanzpolitik für die Bereitstellung öffentlicher Güter und sozialen Ausgleich, aber so, daß der private Sektor nicht verdrängt wird. Geht man von einer klaren Zuweisung von Verantwortlichkeiten aus, so müssen alle drei Bereiche ihre ureigenen Schulaufgaben machen. Die Geldpolitik, die sich bei der Geldversorgung der Volkswirtschaft an der langfristigen Zunahme des Produktionspotentials ausrichten muß, kann bei dem makroökonomischen Policy Mix nicht in Vorlage treten.

Die entscheidende wirtschaftspolitische Aufgabe der nächsten vier Jahre ist, daß die Finanzpolitik wie in den achtziger Jahren die Staatsquote, die Abgabenquote und das Budgetdefizit zurückführt. Dies ist zweifellos der Angelpunkt im makroökonomischen Policy Mix. Allerdings hat sich der Bund durch das föderale Konsolidierungsprogramm vom Frühjahr 1993 in eine ungünstige Ausgangslage gebracht. Er hat die größeren Lasten übernommen und wird anders als die Westländer nicht entlastet, wenn die Zahlungen der alten Bundesländer an die jungen Länder im Länderfinanzausgleich deshalb zurückgehen, weil die Steuerkraft in Ostdeutschland steigt. Der Bund, der beim föderalen Konsolidierungsprogramm sieben Prozentpunkte der Mehrwertsteuer an die Länder abgetreten hat, muß jetzt, – wie der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten [1994, Ziffer 263] hervorhebt – darauf hoffen, daß die alten Bundesländer bereit sind, ihn über eine Veränderung des Verteilungsschlüssels beim Umsatzsteueraufkommen an den Entlastungen partizipieren zu lassen. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Westländer und Westgemeinden einen größeren Anteil an den Ausgaben der Gebietskörperschaften bestreiten als der Bund.

Die Tarifparteien sollten angesichts der Erfahrungen der achtziger Jahre eine moderate Lohnpolitik verfolgen, wenn sie für mehr Beschäftigung sorgen wol-

len. Wird anstelle der Beschäftigungsorientierung dem Ziel Vorrang gegeben, den Anteil des Arbeitseinkommens am Volkseinkommen zu vergrößern, so entstehen auch in einer wachsenden Wirtschaft kaum mehr Arbeitsplätze. Dagegen fördert eine moderate Lohnpolitik, die sich positiv auf die Gewinn-Erlös-Relation und damit auf die Investitionen auswirkt, die Beschäftigung, und zwar direkt wegen der Lohnzurückhaltung und indirekt über die positiven Wirkungen auf die Investitionen. Selbst wenn der Anteil des Arbeitseinkommens am Volkseinkommen wie in den achtziger Jahren rückläufig ist, so können die Arbeitnehmer insgesamt ihr Einkommensniveau verbessern, wenn der Kuchen größer wird und mehr Menschen eine Beschäftigung finden. Außerdem können sich auch für den einzelnen die Nettorealeinkommen bei einer Konsolidierungsstrategie der Finanzpolitik mit daraus resultierenden Steuerentlastungen wie in den achtziger Jahren positiv entwickeln [Boss, 1993].

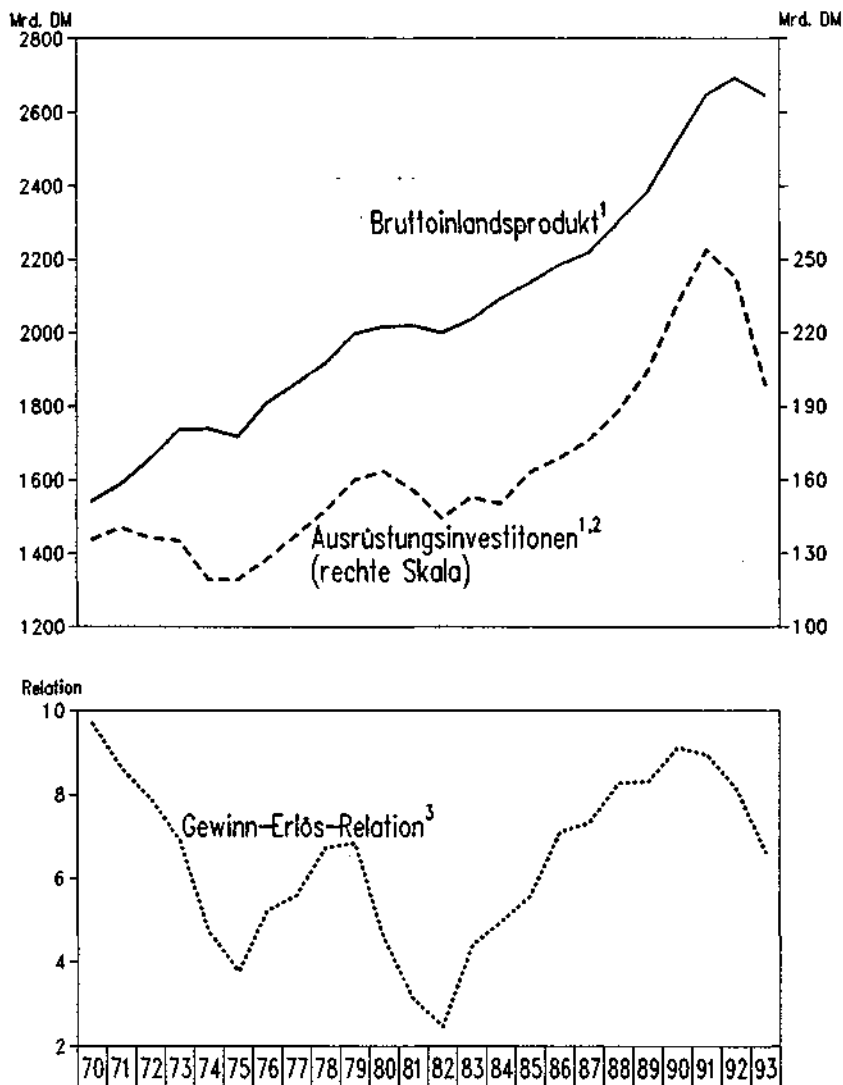
Wie schön wäre es, wenn die Analogie zu den achtziger Jahren hier enden könnte. Leider ist dies nicht der Fall. Zwar sind 2,3 Millionen Arbeitsplätze entstanden – aber die in der Rezession der Jahre 1981/83 aufgetretene zusätzliche Arbeitslosigkeit konnte nicht abgebaut werden. Die Arbeitslosenzahl lag 1990 um eine Million höher als 1980. Die Investitionen und das Wachstum der achtziger Jahre, auch die Konsolidierung der Staatsfinanzen und die moderate Lohnpolitik, haben den Anstieg der Sockelarbeitslosigkeit nicht verhindert. Will man der Vollbeschäftigung näher kommen, so ist eine Wirtschaftspolitik wie in den achtziger Jahren zwar notwendig – aber nicht hinreichend. Man muß über sie hinausgehen. Erforderlich ist, das durch Investitionen getragene wirtschaftliche Wachstum mit einer intensiveren Nachfrage nach Arbeit zu verknüpfen, es also beschäftigungsintensiver zu machen [Siebert, 1994]. Dies wird nicht möglich sein, ohne daß eine ganze Reihe institutioneller und tarifvertraglicher Regelungen des Arbeitsmarktes grundlegend überdacht werden. Auf der Agenda stehen Einsteigertarife, die Rückführung der Spanne zwischen dem für die Unternehmen maßgeblichen Bruttolohn und dem die Arbeitnehmer interessierenden Nettolohn, die Überprüfung der Nahtstelle zwischen dem sozialen Sicherungssystem und dem Arbeitsmarkt sowie eine stärkere Lohndifferenzierung zwischen Betrieben, Regionen und Qualifikationen.

Literaturverzeichnis

- BOSS, Alfred, „Zur Entwicklung der Arbeitseinkommen und der Transfereinkommen in der Bundesrepublik Deutschland“. *Die Weltwirtschaft*, 1993, S. 311–330.
- DÖPKE, Jörg, „Sachkapitalrendite und Investitionstätigkeit in Westdeutschland“. *Die Weltwirtschaft*, 1994, S. 334–348.
- LEHMENT, Harmen, „Bedingungen für einen kräftigen Beschäftigungsanstieg in der Bundesrepublik Deutschland – Zur Tarifpolitik der kommenden Jahre“. *Die Weltwirtschaft*, 1993, S. 302–310.
- SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG, Den Aufschwung sichern – Arbeitsplätze schaffen. Jahresgutachten 1994/95. Wiesbaden 1994.
- SIEBERT, Horst, *Geht den Deutschen die Arbeit aus? Wege zu mehr Beschäftigung*. München 1994.

Schaubild 1

Bruttoinlandsprodukt, Ausrüstungsinvestitionen und Gewinn-Erlös-Relation in Westdeutschland



¹ In Preisen von 1991. - ² Ohne Staat. - ³ Zur Berechnungsmethode siehe Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1994/95.



Schaubild 2

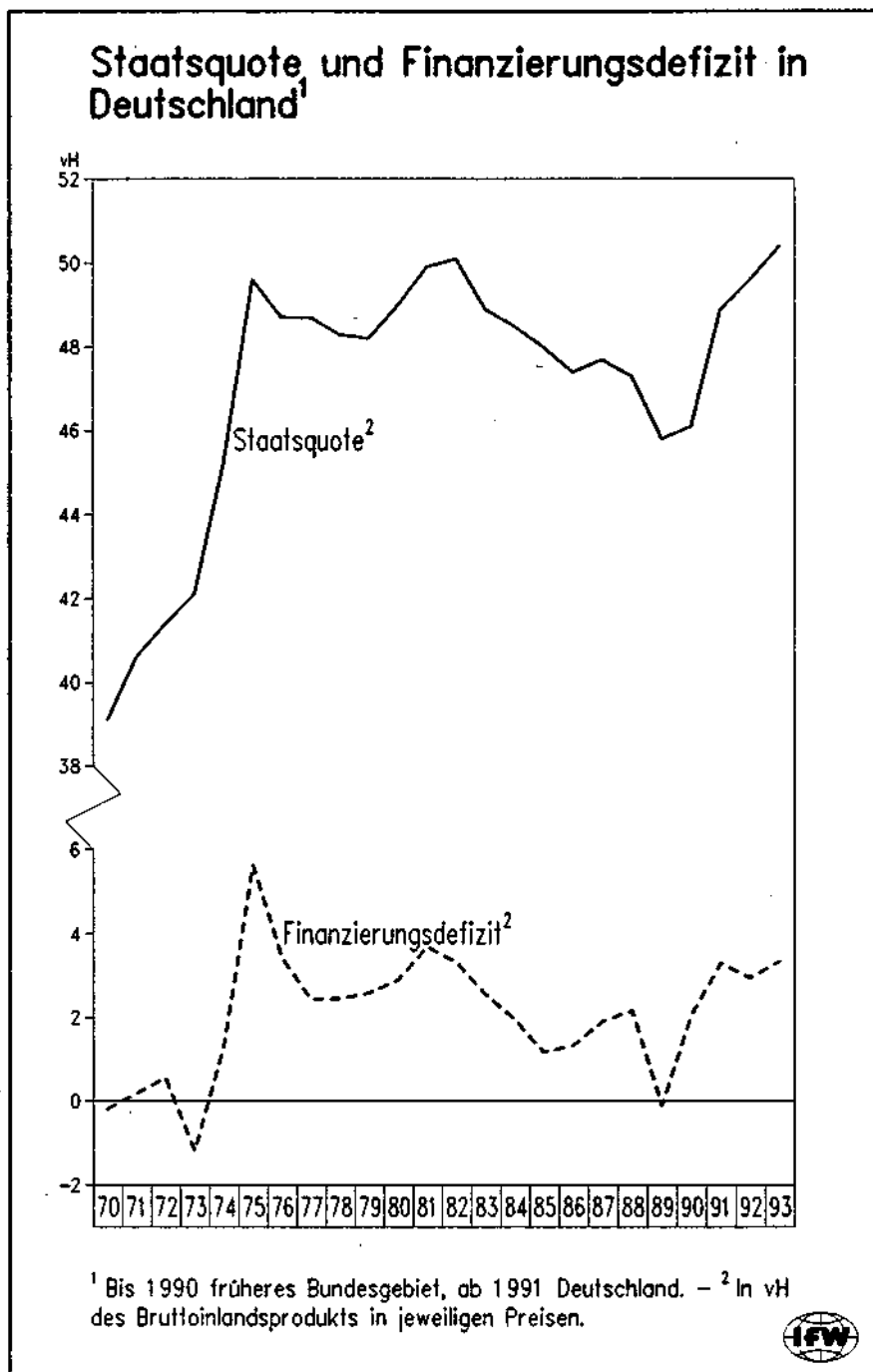


Schaubild 3

